

KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe

Editorial

Wohnpolitik



Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Andrea Belliger blickt auf Seite 4 positiv in die postnatale Zukunft des elektronischen Patientendossiers (EPD). Ich teile ihren Optimismus nur zum Teil, denn so lange wir primär die Mengen der medizinischen Leistungen vergüten und nicht die erreichten Therapieziele, werden es effizienzsteigernde Innovationen schwer haben. Wenn es die fragmentierte inländische Gesundheitswirtschaft nicht schafft, werden es Konzerne wie Google & Co. tun, wie sie es in anderen Branchen nicht immer gut, aber fast immer erfolgreich tun.

Bernhard Guhl blickt auf Seite 3 positiv in die Zukunft der Elektromobilität, ohne die Herausforderungen zu ignorieren. Diese sind mit dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen hin zur einheimischen, erneuerbaren Energie, mit der Stromspeicherung und mit der stark schwankenden Nachfrage tatsächlich noch grösser als diejenigen für das EPD.

Harry Büsser blickt auf Seite 2 in die Negativzins Zukunft und plädiert für Helikoptergeld. Die expansive Geld- und Negativzinspolitik der westlichen Notenbanken stimuliert weder den Konsum noch die Investitionen, erschwert aber die Altersvorsorge massiv. Geld drucken und es vom Helikopter aus den Konsumenten verteilen, damit sie es möglichst rasch ausgeben, war in Fachkreisen lange tabu. Nun könnte die Idee des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman salonfähig werden, obwohl auch diese Massnahme unerwünschte Nebenwirkungen hat.

Marco Salvi blickt auf Seite 1 für die Mieter positiv in die Zukunft. Die tiefen Zinsen haben die Bautätigkeit stimuliert, mehr leere Wohnungen und die Onlinesuche dank Plattformen wie comparis.ch stärken die Marktmacht der Mieter.

Comparis wünscht Ihnen viel Lesevergnügen und einen klaren Blick ins 2020.

Gute Zeiten für die Mieter

Die Tiefzinsphase hat die Neubautätigkeit in der Schweiz angekurbelt. Nun profitieren auch die Mieterinnen und Mieter: Der Leerstand steigt, die Mieten stagnieren. In den Grosszentren hinkt allerdings das Angebot der Nachfrage hinterher. Das hat auch mit der Wohnpolitik zu tun.

Marco Salvi. Täglich findet sich jemand, der in Medien über das tiefe Zinsniveau lamentiert. Ent-eignung der Sparer, Vermögensinflation, Gefahr für die Stabilität des Bankensystems: lang ist die Liste der mutmasslichen Malheurs, die der andauernden Nullzinsphase angelastet werden. Doch die Kritik fällt viel zu einseitig aus. Sie übersieht die Tatsache, dass jeder gesparte Franken auch ein geliehener Franken ist. Und für die Schuldner – ob Grossunternehmen oder Kleininvestoren – sind tiefe Zinsen eher Segen als Fluch.

Zu den Gewinnern der Tiefzinsjahre gehört auch die grosse Mehrheit der Mieterinnen und Mieter in der Schweiz. Denn die fallenden Zinsen und das günstige Investitionsklima haben die Bautätigkeit angekurbelt. Während um die Jahrtausendwende die Bautätigkeit bei 30'000 Wohnungen pro Jahr hindümpelte (und somit nicht mal die Abschreibungsrate deckte), liegt sie heute bei über 50'000 Einheiten.

Das Ergebnis dieser steten Angebotserweiterung lässt sich langsam sehen: Trotz reger Zuwanderung hat der offizielle Mietpreisindex des Bundesamtes für Statistik seit 2009 um nur 8 Prozent zugelegt. Der dämpfende Effekt ist bei den Neuvermietungen besonders sichtbar. Der Homegate-Index, der ausschliesslich den Verlauf von neu abgeschlossenen Mietverträgen abbildet (und somit für die Wohnungssuchenden besonders relevant ist), ist seit 2016 sogar leicht rückläufig.

Diese Diagnose wird von der Entwicklung zweier weiterer Indikatoren gestützt. Der erste betrifft den Leerstand. Mitte dieses Jahres standen rund 75'000 Wohnungen leer, was 1,7 Prozent des Wohnungsbestandes entspricht. (Zum

Vergleich: In den letzten 40 Jahren lag der Mittelwert bei 1 Prozent). Das ist umso beachtlicher, da Internetplattformen wie Comparis die Wohnungssuche effizienter gemacht haben, und somit den suchbedingten Leerstand nachhaltig reduziert haben dürften.

Der letzte Puzzlestein in dieser Analyse betrifft die finanzielle Tragbarkeit der Wohnausgaben. Sie hat letztes Jahr ein Allzeithoch erreicht. Noch nie in diesem Jahrhundert gaben die Haushalte einen so geringen Anteil ihres Bruttoeinkommens für das Wohnen aus: Im Durchschnitt nur 14 Prozent.

Wohnungsnot ade?

Alles bestens auf dem Schweizer Mietmarkt? Leider nicht ganz. Denn diese Durchschnittswerte verbergen markante regionale Disparitäten. So ist in den Grossstädten vom steigenden Leerstand freilich wenig zu spüren. Während sich die Bestandesmieten sogar an zentralen Lagen kaum verteuert haben, legten die Neumieten hingegen stark zu. Die städtische Wohnungsknappheit trifft somit vor allem die Jungen und die Mobilien. Die vielen Kräne, die man beispielsweise um den Zürcher Hauptbahnhof sehen kann, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den Grossstädten der Wohnungsbestand insgesamt nur zögerlich ausgedehnt wurde. Die Stadtregierungen investieren die zurzeit reichlich fliessenden Steuermittel lieber in die Subventionierung von «gemeinnützigen» Wohnungen. Restringiertes Angebot, künstlich angeheizte Nachfrage: Man muss kein Immobilienökonom sein, um sich die Konsequenzen dieser Wohnpolitik vorzustellen.

«Die vielen Kräne sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den Grossstädten der Wohnungsbestand insgesamt nur zögerlich ausgedehnt wurde.»



Marco Salvi, Avenir Suisse

Wenn der Flop zum Hit wird

Mit traditionellen Methoden kommen Zentralbanken nicht weiter. Mit Helikoptergeld könnte man beim Notausgang der Negativzins-Welt landen.



Harry Büsser, Mitglied der Chefredaktion der Handelszeitung

«Im Unterschied zur Negativ-Zinspolitik, würden mit Helikoptergeld die Banken umgangen.»

Harry Büsser. Ein zweibeiniges Kamel nannten sie ihn, und sein Trainer soll gesagt haben: «Besser wäre es, wenn du zum Zirkus gehen würdest.» Aber an den Olympischen Spielen im Jahr 1968 in Mexiko übersprang Dick Fosbury als Einziger die Latte bei 2,24 Metern – und verwandelte das Gelächter über seine Sprungtechnik in Staunen.

«Fosbury flops over the bar» (Fosbury plumpst über die Latte), hat damals ein Reporter gesagt, der Flop war geboren. Im Anlauf eine Kurve, abspringen, Rumpf drehen und rückwärts, mit dem Kopf voraus über die Latte. Weil man dabei eine Brücke schlägt, liegt der Körperschwerpunkt unter dem Körper. Der Körperschwerpunkt muss also durch Sprungkraft weniger in die Höhe als bei anderen Methoden, wie dem Scherensprung oder dem Bauchwölzer. Das hatte Ingenieur Fosbury erkannt. Er musste damals etwas Neues ausprobieren, weil er mit den konventionellen Sprungtechniken nicht höher kam. Und hatte spektakulären Erfolg.

In der Geldpolitik ist es nicht anders. Mit traditionellen Methoden kommen die Zentralbanken nicht weiter. Philipp Hildebrand, der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, hat kürzlich Helikoptergeld als mögliche Lösung ins Spiel gebracht. «Im Ernst?», «Nonsense» und «Wahnvorstellungen» waren die Voten von Lesern in den Kommentarspalten. Natürlich verstehe ich alle, die Helikoptergeld für Nonsense halten – vor allem, wenn man sich vorstellt, dass der Präsident der SNB Thomas Jordan vom Helikopter 1000er-Noten über das Alpenland regnen lässt.

Helikoptergeld scheint ein Rückwärtssprung der Geldpolitik zu sein. Der Ökonom Milton Friedman hatte die Idee im Jahr 1969, ein Jahr nach dem Triumph von Fosbury in Mexiko. Friedman, dem im Jahr 1979 der Nobelpreis verliehen wurde, war überzeugt, dass die Bürger das Geld aus dem Helikopter für zusätzlichen Konsum nutzen würden. Es würde Konjunktur und Inflation ankurbeln. Genau letzteres versuchen die Zentralbanken heute zu erreichen.

Im Grunde ist Helikoptergeld nur eine radikalere Variante der aktuellen Geldpolitik, die bisher ihre Wirkung verfehlt hat. Sie hat die Nachfrage nach Gütern nicht genügend angeregt, dass Deflationsgefahren gebannt worden wären. Im Unterschied zur derzeit praktizierten Null- und Negativ-Zinspolitik, würden mit Helikoptergeld die Banken umgangen. Natürlich nicht mit Helikoptern und Banknotenregen umgesetzt, sondern beispielsweise als Steuergutschriften, die durch Zentralbanken finanziert würden.

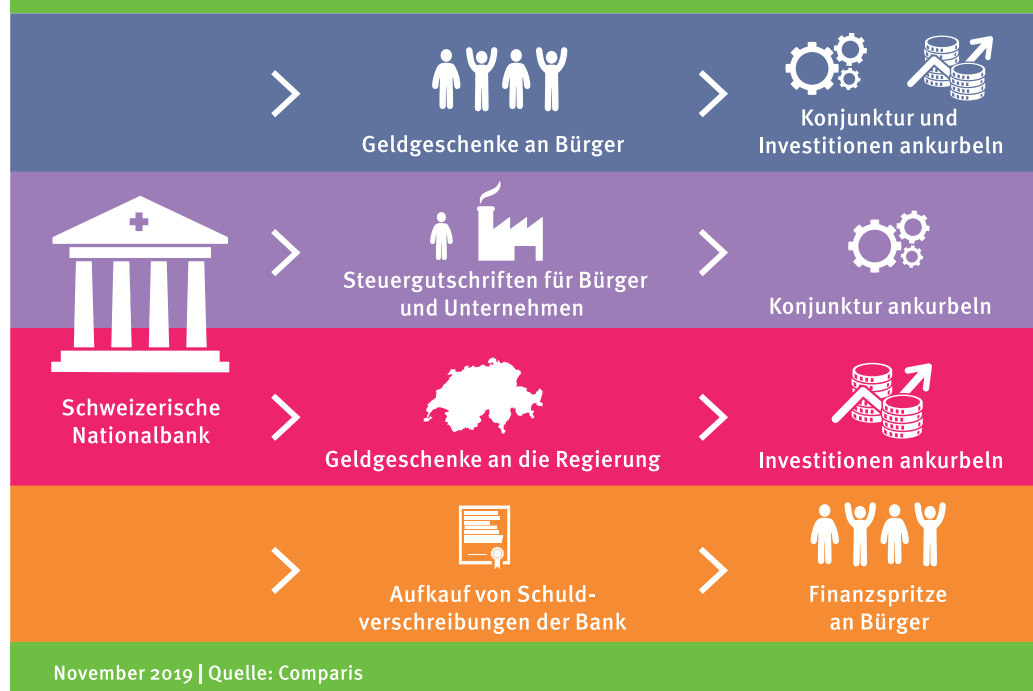
So weit so gut, aber Experten verweisen immer wieder auf missglückte Versuche, etwa in Simbabwe, wo eine Hyperinflation Schrecken verbreitete. Allerdings vergessen diese Experten, dass in Simbabwe vieles nicht funktioniert.

Nur weil das Abwassersystem in Simbabwe nicht funktioniert, würden wir ja auch nicht darauf verzichten wollen.

Ich denke Helikoptergeld wird kommen. Es könnte aber auch noch Jahre gehen, bis sich Helikoptergeld durchsetzt. Schliesslich dauerte es auch Jahre, bis sich der Flop im Hochsprung durchsetzte. Der Coach des US-Olympia-Teams warnte gar: «Wenn Kinder versuchen, Fosbury zu imitieren, wird er eine ganze Generation von Hochspringern auslöschen, weil sie sich alle das Genick brechen werden.» Dabei landet man nach dem Flop gar nicht auf dem Genick, sondern auf der Schulter. Und mit Helikoptergeld landet man vielleicht beim Notausgang der Negativzins-Welt.

So funktioniert das Helikoptergeld

Eine radikale Möglichkeit, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen: Das Helikoptergeld, auch



Der Elektromobilität gehört die Zukunft

In der Schweiz wird rund ein Drittel des CO₂-Ausstosses durch den Verkehr verursacht. Mit Elektromobilität können die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden. Die E-Autos bieten aber nicht nur Chancen für neue Geschäftsmodelle; es gibt auch eine Reihe von Herausforderungen zu meistern.

«Den Strom für die Elektromobilität auch durch erneuerbare Energien in der Schweiz produzieren.»



Bernhard Guhl,
Nationalrat

Bernhard Guhl. Um das Ziel des Bundesrates – eine klimaneutrale Schweiz bis 2050 – zu erreichen, muss der Bereich Mobilität neu gedacht werden. Die Elektromobilität bietet hier die Möglichkeit, die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren.

Voraussetzung für eine solche Verkehrswende ist, dass die E-Fahrzeuge mit Strom aus erneuerbaren Energien geladen werden. Bereits für die Energiewende, also den Ausstieg aus der Kernenergie, benötigt es einen starken Zubau an erneuerbaren Energien. Wenn nun die mit fossilem Brennstoff betriebenen Autos mittelfristig durch Elektromobile ersetzt werden sollen, muss der Zubau an erneuerbaren Energien noch grösser werden.

Im Vordergrund des Ausbaus erneuerbarer Energien steht die Photovoltaik (PV) – sie produziert aber nur tagsüber Strom. Deshalb müssen für jede PV-Anlage auch Speicherkapazitäten geschaffen werden. Die Batterien der Autos sind so künftig als Bestandteil des Stromnetzes zu sehen. Herrscht Strommangel im Netz, sollen die Batterien der Elektroautos ihren Stromanteil beisteuern können. Was wie eine Vision klingt, wird dank technologischem Fortschritt in absehbarer Zukunft Realität sein.

Bevor jedoch der Anteil der E-Mobile massgeblich ansteigen kann, ist die Autoindustrie gefordert, Elektro-Modelle für alle Anforderungen zu liefern; zum Beispiel Minivans, Vans für Familien und Lieferwagen für Handwerker. Auch im Bereich der Batterien gibt es Herausforderungen, die bewältigt werden müssen:

- die Batterietechnologie hinsichtlich Kapazität und Gewicht weiterentwickeln
- die Verfügbarkeit der benötigten Rohstoffe für die Batterien klären
- das Recycling der Batterien organisieren und implementieren

Damit die Elektromobile schweizweit geladen werden können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur; also private Ladestationen in Ein- und Mehrfamilienhäusern, an Arbeitsplätzen, in Einkaufszentren und Freizeitanlagen sowie Schnellladestationen entlang der meistbefahrenen Strassen.

Eine weitere Voraussetzung für den Durchbruch von E-Autos in der Schweiz ist eine Brandschutzanpassung beim Bau von Tiefgaragen bzw. Nachrüstungen, da in Brand geratene Elektroautos nur sehr schwer zu löschen sind und entsprechende Risiken darstellen.

Handlungsbedarf gibt es zudem bei der Harmonisierung der Ladestecker: Nach wie vor gibt es bei den Ladestationen und E-Mobilen unterschiedliche Steckermodelle.

Die eigentliche Herkulesaufgabe steht bei den Strom-, exakter bei den Niederspannungs-

netzen an. Denn wenn die Mehrheit der Pendlerinnen und Pendler zeitgleich nach Hause kommt und ihre E-Autos laden möchte, wären riesige Leitungskapazitäten erforderlich. Es benötigt deshalb intelligente Steuerungen, welche die Ladestationen in den einzelnen Netzabschnitten so regeln, dass nicht alle E-Mobile gleichzeitig aufgeladen werden.

Eine politische Grossherausforderung stellen die E-Autos für die Strassenfinanzierung dar. Diese basiert heute auf Treibstoffabgaben. Wenn nun Benzin- und Dieselfahrzeuge nach und nach wegfallen, so reduzieren sich auch die entsprechenden Beiträge an den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Die Besitzer der E-Mobile zahlen vorerst noch keine Beiträge an den NAF, dies als eine Art Anschubfinanzierung für die Elektromobilität. Mittelfristig müssen jedoch auch die Elektromobile eine Abgabe an den NAF leisten. Der Bundesrat wird hierzu entsprechende Vorschläge ausarbeiten.

Parallel zur Elektromobilität nehmen die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz zu. Selbstfahrende Autos sind nur eine Frage der Zeit. Wenn die Fahrzeuge auf Autobahnen miteinander kommunizieren und effizient gesteuert werden, können grössere Kapazitäten auf dem bestehenden Strassennetz fahren. Im Sinne von mehr Intelligenz statt Beton macht es durchaus Sinn, diese Entwicklung zu forcieren, ohne jedoch ein Sicherheitsrisiko in Kauf zu nehmen. Die Systeme selbstfahrender Fahrzeuge müssen deshalb zwingend ausgiebig getestet und erst dann umgesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass sie sicher sind.



Happy Birthday, EPD!

Das elektronische Patientendossier (EPD) ist weit über die in vielen Branchen stattfindende Digitalisierung und Einführung von digitalen Prozessen hinaus ein Kulturprojekt, das die DNA des Gesundheitswesens in der Schweiz verändern wird. Technologie wird zur Befähigerin für mehr Transparenz, bessere Kommunikation und Partizipation. Es ist an uns, dieses Stück Schweizer IT-Geschichte zum Fliegen zu bringen.

Andrea Belliger. Am 14. April 2020 ist es soweit: Das (EPD) wird das Licht der Welt erblicken. Der lange Entstehungsprozess von der Idee und ersten Konzepten vor über 15 Jahren geht damit in die matchentscheidende Phase des Rollouts. Endlich wird die Schweizer Bevölkerung die Möglichkeit haben, die eigenen behandlungsrelevanten Dokumente, die bisher für sie nicht zugänglich und verstreut bei unterschiedlichen Leistungserbringern lagerten, an einem Ort digital zu verwalten. Wenn Patienten Zugriff auf die eigenen Informationen haben, können sie die eigene Krankheit besser verstehen und besser managen. Das wird die Rolle der Patienten stärken, die Kontinuität in der Versorgung steigern und deren Qualität verbessern. Die Informationsasymmetrie zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen wird sich reduzieren.

Die Menschen in der Schweiz sind sich in Sachen EPD relativ einig: Dem eHealth-Barometer 2019 zufolge fühlen sich 70 Prozent der Schweizer gut bis sehr gut qualifiziert, um über die Freigabe ihrer Gesundheitsdaten für Fachpersonen zu entscheiden. 72 Prozent der befragten Personen befürworten, dass Ärzte und Therapeuten Gesundheitsinformationen von Patienten digital austauschen sollten. Mehr als zwei Drittel glauben, dass dadurch die Behandlungsqualität verbessert wird. Die Hälfte der Bevölkerung verspricht sich, dass so Kosten gesenkt werden können.

Wir alle freuen uns also schon riesig auf den 14. April 2020. Alle? Nein, nicht alle. Die Stimmen mehren sich, die von einem grossen Fiasko des grössten IT-Projektes der Schweiz aller Zeiten

«Die Informationsasymmetrie zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen wird sich reduzieren.»

Andrea Belliger, Institut für Kommunikation & Führung



warnen. Spitäler seien nicht bereit, das EPD werde nichts als ein riesiger PDF-Friedhof sein, da die Datenbasis wegen fehlender Daten der Hausärzte eh unvollständig sei. Die Bürger seien unmündig und unfähig, mit ihren Daten umzugehen. Das EPD werde die Nachfrage im Gesundheitswesen nicht senken, sondern kostentreibend erhöhen. Und Industrie und Wirtschaft würden sich die wertvollen medizinischen Daten unter den Nagel zu reissen wissen.

Vielleicht wäre es an der Zeit, ein halbes Jahr vor der Lancierung national einmal tief ein- und auszuatmen. Es könnte ja sein, dass man vor lauter Aufregung und Angst das Big Picture etwas aus den Augen verloren hat.

Das EPD ist nur ein Teil eines grossen digitalen Transformationsprozesses unseres Gesundheitswesens. Es handelt sich dabei um weit mehr als den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern und Patienten, um mehr als Interoperabilität zwischen medizinischen Fachpersonen. Digitale Transformation impliziert eine neue Art, uns mit Blick auf Gesundheit und Krankheit aufzustellen. Wir gehen weg von geschlossenen Systemen und Silos, hin zu dezentralen Versorgungsnetzwerken, in denen Patien-

ten als Kunden eine massgebliche Rolle spielen. Diese Netzwerke werden Gesundheitsberufe und Versorgungsorte verbinden, ebenso wie die bisher getrennten Bereiche von Vorsorge und Versorgung.

Das EPD legt einen Grundstein für eine Vernetzung des Gesundheitswesens in der Schweiz. Es wird im April nicht perfekt und vollständig sein. Und im Rückblick auf die Entstehungsgeschichte ist es auch relativ einfach, die Versäumnisse aufzulisten – angefangen bei der Frage nach der Notwendigkeit des Wettbewerbs zwischen den beiden grossen teilstaatlichen Technologieanbietern über das Fehlen des nationalen Gesundheitsportals im Rahmen der eHealth-Strategie bis hin zu Ressourcenmangel in den Kantonen. Vielleicht hätte man schon früh erahnen können, dass es neben oder vor einer technischen Interoperabilität so etwas wie eine «kulturelle» Interoperabilität braucht – eine Durchlässigkeit der Hirne und Herzen, denn eine nationale Strategie braucht nicht nur Geld, sondern vor allem etwas mehr Vertrauen, Mut und Leidenschaft für Veränderung. Aber was soll's. Hier stehen wir und freuen uns auf den 14. April. Wir werden das EPD so richtig feiern. Seien Sie dabei!

82'800'000'000

Das Schweizer Gesundheitswesen kostete 2017 rund 82,8 Milliarden Franken. Das sind 816 Franken pro Einwohner und Monat.

COMPARIPEDIA EPD

Das elektronische Patientendossier (EPD) wird das Schweizer Gesundheitswesen grundsätzlich verändern und ist Teil der «Strategie eHealth Schweiz 2.0». Das EPD umfasst eine Sammlung persönlicher Dokumente mit Gesundheitsinformationen. Dazu gehören zum Beispiel der Austrittsbericht eines Spitals, der Pflegebericht der Spitex, die Medikationsliste, Röntgenbilder oder der Impfausweis. Über eine sichere Internetverbindung sind diese Informationen für die Patientinnen und Patienten sowie für deren Gesundheitsfachpersonen jederzeit abrufbar. Die Patientinnen und Patienten können selbst bestimmen, wer welche Dokumente wann einsehen darf.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch,
Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich
Design: comparis.ch
Übersetzung: comparis.ch
Druck: Linkgroup AG, Zürich
Reaktionen: media@comparis.ch
www.comparis.ch